

**Dringliche Interpellation Fraktion GB/JA! (Lea Bill, JA!/Hasim Sancar, GB):
Warum ist keine Zwischennutzung für das Projekt Paradisli bis zum Um-
bau an der Laubeggstrasse möglich?**

Dem Paradisli, welches seit Jahren an der Laubeggstrasse ein altes Bauernhaus zwischen nutzt, ist von Seiten der Stadt ein Ultimatum gestellt worden. Bis heute (1. November 2007) sollen sie das Bauernhaus verlassen, obwohl die Renovationsarbeiten frühestens im Sommer 2008 beginnen.

Das Grüne Bündnis und die Junge Alternative JA! sind der Meinung, dass bis zum Baubeginn eine weitere Zwischennutzung durch die BetreiberInnen des Paradisli von Seiten der Stadt ermöglicht werden soll und appelliert an den Gemeinderat, mit den BetreiberInnen eine neue Vereinbarung zu treffen, um so die Rahmenbedingungen für die Verlängerung der Zwischen-
nutzung zu klären.

Deshalb fordert die Fraktion GB/JA! den Gemeinderat auf folgende Fragen zu beantworten:

1. Was verspricht sich die zuständige Gemeinderätin davon, den Zwischennutzungsvertrag mit dem Paradisli bereits jetzt zu beenden, obwohl der Baubeginn noch nicht feststeht?
2. Ist der Gemeinderat bereit, eine weiterführende Zwischennutzung durch das Projekt Paradisli bis zu Baubeginn zu ermöglichen?
3. Ist die Stadt Bern bereit, dem Projekt Paradisli Zwischennutzungsverträge für andere leerstehende städtische Liegenschaften vorzuschlagen?
4. Welche Bestrebungen werden von der zuständigen Gemeinderätin bzw. der Stadtverwaltung gemacht, damit das einmalige und unterstützungswürdige Projekt Paradisli in Zukunft an einem anderen Ort weitergeführt werden kann?

Begründung der Dringlichkeit:

Das von der Stadt Bern gestellte Ultimatum läuft heute (1. November 2007) aus. Es ist aus diesem Grund notwendig, dass der Gemeinderat in schnellstmöglicher Zeit zu den oben aufgeführten Fragen Stellung nimmt und damit für die Zukunft des Paradisli eine Lösung gefunden werden kann.

Bern, 1. November 2007

Dringliche Interpellation Fraktion GB/JA! (Lea Bill, JA!/Hasim Sancar, GB), Stéphanie Penher, Cristina Anliker-Mansour, Urs Frieden, Franziska Schnyder, Christine Michel, Natalie Imboden

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats bejaht.